

04.02.2026 – 10:31 Uhr

Erzbischof Bagrat Galstanyan aus dem Gefängnis: "Mein Vergehen ist, eine unbequeme Wahrheit auszusprechen"



Binz (ots) -

Christian Solidarity International besucht inhaftierten Erzbischof in Armenien und warnt vor einer Eskalation der Unterdrückung der Armenisch-Apostolischen Kirche. Ein Friedensforum, wie es das Schweizer Parlament im Zusammenhang mit Bergkarabach wünscht, ist ein Schritt zur Friedenssicherung.

Der Bundesrat hat den Auftrag, ein Friedensforum zu organisieren, auf dem die Rückkehr der Karabach-Armenier thematisiert wird. Nun kommt mit der Repression gegen die Armenisch-Apostolische Kirche ein weiteres besorgniserregendes Kapitel hinzu.

In einem am 3. Februar 2026 veröffentlichten Brief aus dem Gefängnis an den International Religious Freedom Summit in Washington, DC erklärt der armenische Erzbischof Bagrat Galstanyan: "Ich bin aus einem einfachen Grund inhaftiert. Mein Vergehen besteht darin, eine unerwünschte Wahrheit auszusprechen - dass die christliche armenische Nation einer existenziellen Bedrohung gegenübersteht." Galstanyans Brief wurde am 3. Februar von John Eibner, internationaler Präsident von Christian Solidarity International (CSI), im Rahmen einer [Medienkonferenz in Jerewan](#) verlesen. Weil im Februar zudem der Besuch von US-Vizepräsident JD Vance in Armenien und Aserbaidschan im Raum steht, richtete Galstanyan auch ein Schreiben an Vance.

Zunehmender Druck auf Kirchenführung

Erzbischof Galstanyan ist einer von vier Bischöfen, die in den vergangenen acht Monaten von der armenischen Regierung festgenommen wurden. Darüber hinaus sind Dutzende weitere Personen betroffen, darunter kirchliche Mitarbeiter, Rechtsbeistände der inhaftierten Geistlichen, Angehörige sowie öffentliche Unterstützer der Kirche.

Der armenische Premierminister Nikolai Pashinyan hatte öffentlich verlauten lassen, das Oberhaupt der Armenisch-Apostolischen Kirche, Katholikos Karekin II., aus seinem Amt zu entfernen und durch eine von einem

staatlichen Komitee ausgewählte Person zu ersetzen.

Am Wochenende hatte die Regierung sechs Bischöfen die Ausreise aus Armenien untersagt. Hintergrund ist die geplante Bischofsversammlung der armenischen Kirche in Österreich (16.-19. Februar), die bewusst ausserhalb Armeniens angesetzt wurde, um ein Umfeld ohne staatliche Einflussnahme zu gewährleisten.

"Dies ist eine weitere Eskalation in der Kampagne der Regierung gegen die Kirche", kommentierte John Eibner von CSI. "Man will die Kirche handlungsunfähig machen und verhindern, dass sie weiterhin eine Stimme für Armeniens nationale Interessen ist."

Zusammenhang mit Bergkarabach

In seinem Brief führt Erzbischof Galstanyan aus, dass die Massnahmen gegen die Kirche im Zusammenhang stehen mit umfassenden Bemühungen der Türkei und Aserbaidschans, "Armenien in einen Vasallenstaat zu verwandeln". Ein zentraler Bestandteil dieses Plans sei es, den Einfluss der Armenisch-Apostolischen Kirche als unabhängige Stimme in der Gesellschaft zu unterbinden.

Im Hintergrund steht die Lage in Bergkarabach (Artsakh): Im September 2023 griff Aserbaidschan die Region an und vertrieb rund 120.000 armenische Christen. Seither unterstützt die Armenische Kirche das Rückkehrrecht der Karabach-Armenier. Das führte dazu, dass hochrangige aserbaidshanische Beamte die Kirche als "ein Hindernis für den Frieden" bezeichnen.

Rafael Ishkhanyan, Präsident des Armenischen Zentrums für politische Rechte (ACPR), verwies auf eine internationale Konferenz im Mai 2025 in Bern. Dort hatte das Oberhaupt der armenischen Kirche, Katholikos Karekin II., die Rückführung der Vertriebenen nach Bergkarabach sowie die Freilassung armenischer Geiseln in Aserbaidschan gefordert. Ishkhanyan: "Das war der Auslöser der antikirchlichen Kampagne der Regierung." Inzwischen befinde man sich in der dritten Phase der Repression, in der die Rechte einzelner Gläubiger beschnitten würden. Das ACPR veröffentlichte im Dezember 2025 einen [umfassenden Bericht](#) über den Verlauf der Repression gegen die Kirche.

Nationalrat: "Der Fall ist nicht abgeschlossen"

Erich Vontobel, Nationalrat (EDU, ZH) erinnerte daran, dass eine erfolgreiche Motion im Parlament die Schweizer Regierung verpflichtet, ein [Friedensforum](#) zwischen Aserbaidschan und Vertriebenen aus Bergkarabach zu ermöglichen, wo über deren sichere Rückkehr diskutiert wird.

"In Armenien hört man auf höchster Ebene, dass der Fall Bergkarabach abgeschlossen sei", sagte Vontobel mit Blick auf Aussagen von Premierminister Pashinyan. "Wir sehen das anders." Während des Gefängnisbesuchs am 3. Februar habe Erzbischof Galstanyan ihn ausdrücklich ermutigt, seine Bemühungen für die Rechte der Karabach-Armenier fortzusetzen und das werde er auch tun. Vontobel betonte: "Der Fall Bergkarabach ist nicht abgeschlossen. Solange die Vertriebenen nicht in ihre Häuser zurückgekehrt sind, kann und darf er nicht abgeschlossen werden." Das überparteiliche Komitee "[Schweizer Friedensinitiative für Berg-Karabach](#)" werde den Druck auf den Bundesrat aufrechterhalten.

Solidarität aus Deutschland und Signal aus Rom

Pfarrer Peter Fuchs, Geschäftsführer von CSI-Deutschland, überbrachte in Jerewan eine Solidaritätsbotschaft von Christen in Deutschland an die Armenisch-Apostolische Kirche. Er verwies zudem darauf, dass Papst Leo XIV. bei seinem Besuch des Armenischen Patriarchats in Istanbul vor zwei Monaten Grösse an Katholikos Karekin II. übermittelt und ihn damit als rechtmässiges Oberhaupt der Kirche anerkannt habe. "Unsere Solidarität ist jetzt wichtiger denn je", so Peter Fuchs.

Pressekontakt:

Simon Brechbühl, Geschäftsführer CSI-Schweiz, +41 44 982 33 40,
simon.brechbuehl@csi-schweiz.ch

Joel Veldkamp, Leiter Public Advocacy CSI, +41 44 982 33 10, joel.veldkamp@csi-int.org (E)

Rolf Höneisen, Leiter Kommunikation CSI-Schweiz, +41 44 982 33 77,
rolf.hoeneisen@csi-schweiz.ch

Medieninhalte



Medienkonferenz in Jerewan (v.l.): Rafael Ishkhanyan (ACPR), Übersetzerin, Nationalrat Erich Vontobel, CSI-Präsident John Eibner. / Weiterer Text über ots und www.presseportal.ch/de/nr/100007062 / Die Verwendung dieses Bildes für redaktionelle Zwecke ist unter Beachtung aller mitgeteilten Nutzungsbedingungen zulässig und dann auch honorarfrei. Veröffentlichung ausschließlich mit Bildrechte-Hinweis.

Diese Meldung kann unter <https://www.presseportal.ch/de/pm/100007062/100938271> abgerufen werden.